

Handwerksbrief 2/2014

„JA zum Meister“: Gemeinsame Aktion für starken Meister-Status



Auch Ministerpräsident Torsten Albig (Mitte) schloss sich vor dem Kieler Landeshaus unserer Initiative an. Hier wird er von Präsident Ulrich Mietschke sowie Kammerpräsident Günther Stapelfeldt (links) flankiert.

Großer Bahnhof in Kiel: Vor dem Landtag haben wir versucht, möglichst viele Regierungs- und Landtagsmitglieder in das Boot unserer Kampagne „JA zum Meister“ zu holen. Während die meisten schnell überzeugt waren, forderten die Piraten und sogar der Regierungspartner SSW, dass auch jeder ohne Meisterbrief einen Betrieb gründen können soll.

„Wir haben die Aktion «JA zum Meister» gestartet, um intensiv auf die Folgen einer Liberalisierung des Berufszugangs in den Gewerken der Anlage A der Handwerksordnung hinzuweisen“, erläutert Geschäftsführer Tim Brockmann den Hintergrund. Bereits die letzte Reform der Handwerksordnung im Jahr 2003 habe zu erheblichen Verwerfungen in einzelnen Gewerken, wie etwa bei den Fliesenlegern und Raumausstattern, geführt; dies dürfe sich nicht wiederholen.

Gemeinsam mit der Handwerkskammer Schleswig-Holstein wurde daher die Landespolitik eingeladen, um sich gemeinsam

mit dem Handwerk zum Meisterbrief als qualifikationsgebundener Berufszugang zu bekennen. Große Teile der Landespolitik, wie Ministerpräsident Albig und Wirtschaftsminister Reinhard Meyer, Landtagspräsident Klaus Schlie, SPD-Fraktionschef Dr. Ralf Stegner, der Grüne Dr. Andreas Tietze, CDU-Fraktionschef Johannes Callsen und FDP-Mann Christopher Vogt waren schnell überzeugt und standen bereitwillig für gemeinsame Fotos zur Verfügung. Nicht dabei waren jedoch der SSW und die Piraten, denen der Meisterbrief als qualifikationsgebundener Berufszugang ein Dorn im Auge ist. Fortsetzung S. 2

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,



am 13. März schrieb Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel auf Facebook: „Die Duale Ausbildung und der Meisterbrief sind eine Erfolgsgeschichte, für die wir auch im Ausland werben sollten und die wir auf keinen Fall aufgeben dürfen.“ Ich finde, er hat Recht!

Doch leider sehen dies nicht alle im Landtag vertretenen Parteien so. Dass die Piraten spezielle Meinungen haben, ist hinlänglich bekannt. Dass sich nun aber ausgerechnet der SSW mit einem starken Bekenntnis zum Meisterbrief und zur Dualen Ausbildung schwer tut und damit einen unmittelbaren Beschluss des Landtages verhinderte, überrascht doch schon sehr.

Ebenso überrascht die Forderung des SSW, das Erfolgsmodell Duale Ausbildung nach dänischem Vorbild zu reformieren. Zur Erinnerung: Die aktuelle Jugendarbeitslosigkeit beträgt in Deutschland 7,9 % und in Dänemark knapp das 1,6fache, nämlich 12,4 %. Ferner werden händeringend Praktikumsplätze von dänischer Seite in Deutschland gesucht. Welche Vorteile das dänische System nun haben soll, vermag ich nicht zu erkennen.

Deutschlands wirtschaftlicher Erfolg beruht auch auf dem Meisterbrief und der Dualen Ausbildung. Genau dies hat Minister Gabriel erkannt. Der ständige und einfache Verweis des SSW, dass in Dänemark alles anders und vermeintlich besser sei, reicht an dieser Stelle bei weitem nicht aus.

Ihr

Ulrich Mietschke
Präsident Handwerk
Schleswig-Holstein e.V.

JA zum Meister: Das sagt nicht jeder in der Landespolitik!



„Meiner Fraktion ist es wichtig, nicht zuzulassen, dass das Handwerk in den Strudel der Abwertung von Qualität und Ausbildungsstandards gerät.“

Dr. Andreas Tietze (Grüne)



„Im Prinzip treten wir sogar dafür ein, die Meisterpflicht in allen Handwerksberufen aufzuheben.“

Flemming Meyer (SSW)



„Natürlich nehmen wir zur Kenntnis, dass die Handwerksnovelle 2004 auch Nachteile gebracht hat. In einigen Berufen sind viele prekäre Arbeitssituationen geschaffen worden, mit Einzel- und Kleinunternehmen.“

Olaf Schulze (SPD)

Die Fraktionen von CDU und FDP hatten bereits im Juni unter der Überschrift „Verbraucherschutz und Qualitätsstandards sichern – Meisterbrief stärken“ einen Antrag in den Landtag eingebracht (DS 18/2001). In diesem sprechen sich beide Fraktionen für den Erhalt des Meisterbriefes als qualifikationsgebundener Berufszugang für die Gewerke der Anlage A aus. Gleichzeitig gab es einen Antrag der Piraten, der die Abschaffung des Meisterprivilegs forderte (DS 18/1975).

Zahlreiche Vertreter aus dem schleswig-holsteinischen Handwerk verfolgten die Debatte live auf der Besuchertribüne des Landtages und nahmen verwundert zur Kenntnis, dass ein starkes Zeichen des Landtages ausblieb – obwohl sich am Morgen noch fast die gesamte Landespolitik zum Meisterbrief bekannt und die Aktion „JA zum Meister“ unterstützt hatte. Auch

im Plenum gab es eine breite Unterstützung. CDU, FDP, SPD und Grüne warnten vor den Folgen, die eine Abschaffung des Meisterbriefes als qualifikationsgebundener Berufszugang auf die Duale Ausbildung, den Verbraucherschutz und die wirtschaftliche Perspektiven haben werde. Somit hätte es eigentlich eine satte Mehrheit von 60 Stimmen für den Antrag geben können. Sowohl zum Erstaunen der Handwerksvertreter als auch des Wirtschaftsministers – immerhin hatte die Landesregierung im Bundesrat einem ähnlichen Antrag bereits zugestimmt – sprachen sich die drei Abgeordneten des SSW gegen den Antrag von CDU und FDP und für eine weitere Liberalisierung der Handwerksordnung aus. Sie verhinderten auf diese Weise auch die Zustimmung von SPD und Grünen. Die Folge: Der Antrag wurde in den Wirtschaftsausschuss überwiesen.

Allerdings konnte sich auch dieser weder am 2., noch am 10. Juli auf einen gemeinsamen Antrag einigen. „Es ist schade, dass es vor den Sommerferien zu keiner Entscheidung des Landtages gekommen ist, denn gerade vor dem Hintergrund der EU-Initiative wäre ein starkes und geschlossenes Signal des Landtages mehr als wünschenswert gewesen“, so Geschäftsführer Brockmann. Nun ist es an der Politik, die Zeit bis zur Septembertagung zu nutzen und einen Kompromiss zu erzielen. Dabei erwartet das Handwerk im ganzen Land, dass das Kernziel nicht in Frage gestellt wird – nämlich den Meisterbrief als Regelzugang zur Führung eines Handwerksbetriebes beizubehalten.

Übrigens: Auf die Aktion gab es ein großes Medienecho: Kieler Nachrichten, SHZ und Schleswig-Holstein-Magazin berichteten. Fotos finden Sie auf www.handwerk.sh.



Gruppenbild mit Vertretern aus Politik und Handwerk: Unisono heißt es hier noch „JA zum Meister!“



„Weniger Meisterbetriebe bedeuten auch weniger Ausbildungsplätze und so eine schleichende, aber stetige Schwächung der Dualen Ausbildung sowie – viel schlimmer – eine Schwächung der Qualität der Ausbildung selbst.“

Hartmut Hamerich (CDU)



„Der Meisterbrief verfolgt nicht das Ziel, die Menschen zu gängeln und den Wettbewerb zu beschränken. Der Meisterbrief verfolgt das Ziel, höchste Qualität und Verbraucherschutz sicherzustellen.“

Christopher Vogt (FDP)



„Alles spricht dafür, dass man in den Bereichen, in denen wir sie heute haben, den Meisterbrief und – so sage ich ausdrücklich – die Meisterpflicht erhalten sollten.“

Reinhard Meyer (Wirtschaftsminister)

Gesetzliche Krankenversicherung: Betriebe können mit konstantem Arbeitgeberanteil von 7,3% fest planen

Die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) wird zum Jahreswechsel neu aufgestellt: Der Bundestag hat am 5. Juni 2014 das Gesetz zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-FQWG) beschlossen. Mit dem Gesetz wird der allgemeine Beitragssatz ab dem 1.1.2015 auf 14,6 Prozent festgesetzt, der je zur Hälfte von den Arbeitgebern und den Mitgliedern aufgebracht wird. Der Sonderbeitrag von 0,9 Prozent entfällt. Die Krankenkassen dürfen je nach Finanzbedarf einen prozentualen Zusatzbeitrag zusätzlich vom Lohn abziehen. Den zahlt das Kassenmitglied allein. Unsere Redaktion sprach mit dem Kassenvorstand der IKK Nord, Ralf Hermes, über das neue Finanzierungsgesetz.

Kurz und bündig: Worum geht es?

Ralf Hermes: Im Kern geht es um eine Reform der Beitragsfinanzierung. Mit dem Gesetz will die Bundesregierung auch die Beitragsautonomie sowie den Qualitäts- und Preiswettbewerb der Krankenkassen untereinander stärken. Es sollen wichtige Weichen für Fortschritt, Transparenz und Qualität in der Medizin gestellt werden. Für die Krankenkassen ist es spannend, dass sie wieder ihren Beitragssatz selbst festlegen können. Kommen Krankenkassen mit den Zuweisungen des Gesundheitsfonds nicht aus, werden sie ab dem

nächsten Jahr individuell festgelegte Beitragssätze auf die beitragspflichtigen Einnahmen verlangen. Der Arbeitgeber-Anteil wird hingegen bei 7,3% gesetzlich festgeschrieben und bildet damit für das Handwerk eine feste Planungsgröße.

Kommt es zu einer Berg- und Talfahrt der Kassenbeiträge?

Ralf Hermes: Es wird erwartet, dass sich für die meisten Versicherten zunächst wenig ändert, die Beitragszahler demnach im Schnitt mindestens so viel zahlen wie heute. Angesichts der Tatsache, dass die Ausgaben der Krankenkassen seit einigen Monaten bereits wieder höher als die Einnahmen sind, wird jede Kasse bei der Festlegung des Zusatzbeitrages vorsichtig agieren. Viele Kassen werden möglicherweise den Aufschlag so hoch ansetzen, dass sie im Jahr darauf nicht gleich wieder anheben müssen. Sie wollen stabil bleiben.

Was verbirgt sich hinter der Aufklärungs- und Transparenzpflicht?

Ralf Hermes: Jedes Krankenkassen-Mitglied hat die Möglichkeit, die Kranken-

kasse zu wechseln, wenn Zusatzbeiträge erhoben werden. Zweifelsohne müssen Kassenmitglieder über Beitragserhöhungen informiert werden. Zukünftig sind Krankenkassen außerdem verpflichtet, auf preiswertere Mitbewerber hinzuweisen. Wir meinen, eine Kasse findet man nicht nur über den Preis, sondern über das richtige Verhältnis von Preis und Leistung. Meines Erachtens gibt es in keiner Branche eine gesetzliche Pflicht, auf einen billigeren Konkurrenten hinzuweisen. Das ist schon ungewöhnlich.



Ralf Hermes, Kassenvorstand der IKK Nord

Wo steht die IKK Nord – was plant sie?

Ralf Hermes: Unsere Stärke ist die regionale Verbundenheit im Norden, unsere Stärke ist die Nähe zum Handwerk. Wir setzen unsere neue Imagekampagne „Wir verstehen den Norden“ fort. Unseren Arbeitgebern und Versicherten bieten wir Premiumleistungen an. Wir sind stark in der Prävention und im Betrieblichen Gesundheitsmanagement. Service ist für uns keine Worthülse. Wir planen, unser Produktportfolio zu erweitern, denn die IKK Nord ist ihren Preis wert.

Neue Kammerpräsidenten: Vorfreude auf Zusammenarbeit



Ulrich Mietschke und der Flensburger
Kammerpräsident Bernd Eichner.

Wachwechsel bei den Handwerkskammern: Sowohl bei der Kammer Lübeck, als auch bei der Kammer Flensburg haben die Vollversammlungen neue Präsidenten gewählt. Beide bisherigen Präsidenten hatten ihre Ämter mit Ablauf der Wahlperiode zur Verfügung gestellt. In Lübeck wurde der bisherige Vizepräsident Günther Stapelfeldt und in Flensburg der bisherige Vizepräsident Bernd Eichner zum Präsidenten gewählt. Wir von Handwerk Schleswig-Holstein e.V. gratulieren beiden Präsidenten herzlich zu ihrer Wahl und wünschen ihnen für die Ausübung ihrer Ämter alles Gute.
„Wir freuen uns darauf, die gute und ver-



Präsident Mietschke gratuliert Kammerpräsident Günther Stapelfeldt (Lübeck).

trauensvolle Zusammenarbeit mit beiden neugewählten Präsidenten zum Wohle des schleswig-holsteinischen Handwerks fortzusetzen“, erklärte Präsident Mietschke, der beiden Vollversammlungen beiwohnte und das konstruktive Miteinander zwischen Verband und Kammer hervorhob. Den bisherigen Präsidenten (Eberhard Jürgensen in Flensburg und Horst Kruse in Lübeck) überreichten Ulrich Mietschke und Geschäftsführer Tim Brockmann Präsente und bedankten sich auf diese Weise für den gemeinsamen Einsatz im Sinne der schleswig-holsteinischen Handwerksbetriebe. Horst Kruse wurde zudem zum Ehrenpräsidenten gewählt.

Mythos Ausbildungsabbruch widerlegt

„Jede vierte Ausbildung in Deutschland wird abgebrochen“, so lautet häufig eine Schlagzeile in den Medien, wenn es um die Qualität der Dualen Ausbildung geht. Gewerkschaften nutzen das einfache Zahlenwerk gern, um den Betrieben einseitig eine mangelnde Ausbildungsleistung vorzuwerfen.

Nun hat das Wirtschaftsministerium im Rahmen der Fachkräfteinitiative des Landes einen Zwischenbericht vorgelegt, der zu einem anderen Ergebnis kommt. Demnach kann die Vertragslösungsquote nicht mit schlecht ausbildenden Betrieben oder

nicht ausbildungsfähigen Jugendlichen gleichgesetzt werden. Sie bedeutet auch keinen endgültigen Ausstieg aus der beruflichen Bildung. Denn bereits 13 Prozent der Vertragslösungen finden vor Ausbildungsbeginn statt. Auffällig ist auch, dass laut Schulstatistik die Zahl der Auszubildenden an Berufsschulen zwischen dem ersten und zweiten Ausbildungsjahr lediglich um 5,5 Prozent zurückgeht. In dem Bericht wird entsprechend festgestellt, dass nicht „jede vorzeitige Vertragslösung mit einem Ausbildungsabbruch gleichzusetzen“ sei.

Wirtschaftsminister Meyer besucht die „Gesundheitsmacher“

Die Gesundheitshandwerke präsentierten ihre Leistungsfähigkeit jüngst Wirtschaftsminister Meyer, der innerhalb der Landesregierung auch für die Gesundheitswirtschaft zuständig ist.

Als Gastgeber fungierte unser Vorstandsmitglied Klaus Wiese, der dem Minister seine Produktionsstätte für individuell gefertigte Sitzschalen präsentierte. Minister Meyer zeigte sich während des Rundganges sehr beeindruckt von den vielen handwerklichen Tätigkeiten, die bei einer solchen Fertigung erforderlich sind.

Die Gewerke machten deutlich, dass sie sich eine größere Wahrnehmung im Gesundheitswesen wünschen. „In der Vergangenheit wurde zu oft über unsere Köpfe hinweg entschieden. Dies gilt insbesondere im Gemeinsamen Bundesausschuss (GBA)“, so Klaus Wiese. Er bat daher den Minister um Unterstützung bei der Forderung der Gesundheitshandwerke, einen eigenen Sitz im GBA zu erhalten. Weitere Themen waren unter anderem der § 71 SGB V, der hauptverantwortlich für die wirtschaftlich



Klaus Wiese (li.) erklärt Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (2. v. li.) und Landtagsvizepräsident Bernd Heinemann (re.) eine an den Rollstuhl angepasste Sitzschale.

schwierige Lage vieler zahntechnischer Labore ist, die zunehmende Macht der Krankenkassen, die Gefahr des verkürzten Versorgungsweges sowie die unklare Umsatzbesteuerung in vielen Bereichen der Orthopädietechnik. „Wir konnten dem Minister zeigen, wie vielfältig die Gesundheitshandwerke sind und dass die großen Herausforderungen nur gemeinsam mit der Politik gelöst werden können“, resümierte Geschäftsführer Tim Brockmann.

Partner des Handwerks:



Herausgeber:

Handwerk Schleswig-Holstein e.V. • Vereinigung der Fachverbände und Kreishandwerkerschaften
Gablenzstraße 9 • 24114 Kiel • Fon 0431.98179-0 • Fax -22 • info@handwerk.sh • www.handwerk.sh

Gestaltung und Druck: www.joc-marketing.de, Heide